

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Beiseite oder deren Raum 150 Pfg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Restanten 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277.

Freitag, den 26. November 1920.

27. Jahrgang.

Dreierlei Maß.

Dass Menschen keine Engel sind, weiß jedermann. Und daß es im politischen Leben schwer ist, objektiv zu bleiben, gerecht auch dem Gegner gegenüber, ist nicht erst eine Erscheinung von heute. Aber ein gewisses Maß von politischer Gerechtigkeit muß vorhanden sein, wenn nicht die Politik in des Geizhals und Fäulnis Spiel ausarten soll. Das erfordert auch schon die elementarste Klugheit und ein gesunder Egoismus, denn das völlige Fehlen der Eigenschaft, im politischen Meinungsstreit objektiv zu bleiben, verbunden mit dem Augenverschließen gegenüber allen Fehlern und Schwächen im eigenen Lager, muß schließlich eine mit diesen Mängeln behaftete Partei dem Gelächter der ganzen Öffentlichkeit preisgeben. Umso mehr, wenn die gleiche Partei auf der anderen Seite sich als strengen Kritiker und Lehrmeister des Volkes (soweit es im gegnerischen Lager steht) aufspielt und mit drohend erhobenem Zeigefinger über Korruption und ähnliches (aber auch hier nur wieder bei anderen) wagt.

Zu diesen Bemerkungen verpflichtet einen der gesunde Menschenverstand, wenn man in der deutschnationalen Presse eine Erklärung der Hauptversammlung des Nationalverbandes deutscher Offiziere liest, in der die Entrüstung der versammelten Herren über die Form der Angriffe ausgesprochen wird, die bei der großen Reichstagsdebatte über die großen Vermögensverchiebungen hochgeführter Herren und Damen, gegen Mitglieder des Hohenzollernhauses gerichtet worden sind. Und es tauchen da weiter noch Redewendungen auf wie „tiefe Verachtung“ usw. Man sagt sich einfach an den Kopf, wenn man das liest. Da ist im Reichstage klipp und klar nicht nur von den sozialdemokratischen Interpellanten, sondern auch von dem Reichsfinanzminister Dr. Brügel der Beweis erbracht worden, daß Mitglieder der Hohenzollernfamilie sich in der Gesellschaft befinden, die es aus Gründen der Steuerersparnis vorzieht, ihr Vermögen anderswo als in Deutschland zu verwahren. Unstätt, daß nun die Offiziere, unter denen doch zweifellos viele sind, die im Kriege an Gesundheit und vielleicht auch an Vermögen Opfer gebracht haben, sich darüber entrüsten, daß die Hohenzollern ihre großen Vermögen aus Deutschland herausziehen und damit nicht nur die Kapitalkraft unseres verarmten Landes mindern, sondern auch die auf jeden einzelnen hier verbleibenden Steuerzahler entfallende Last vermehren, entrüsten sie sich über die Leute, die der Raube die Schelle umgehängt und die Kapitalverchieber Schieber genannt haben. Man kann die Treue der alten preussischen Offiziere gegenüber ihrem früheren Herrscherhause voll auf verstehen. Aber unverständlich ist selbst nach allem, was man im Kriege und später an politisierenden Militärs erlebt hat, die Ungeschicklichkeit und Verständnislosigkeit dieser Erklärung, die ungeführt auf dem geistigen Niveau der Handlung des Mannes steht, der sich über das schlechte Wetter ärgert und das Barometer zerbricht.

Ganz dasselbe ist es mit der deutschnationalen Volkspartei, die angesichts der Enthüllungen über die Hohenzollern in eine entsetzliche Erregung geraten ist. Man kann das durchaus verstehen. Denn diese Leute leben als Monarchisten ja gewissermaßen von dem Dogma der Unfehlbarkeit ihres Herrscherhauses. Wenn nun an Hand so drastischer und höchst peinlicher Tatsachen dargetan wird, daß die „höchsten“ und „allerhöchsten“ Herrschaften ganz und gar nicht unfehlbar sind und in gewissen Dingen, zumal finanziell, ganz genau so denken und handeln wie andere, von der deutschnationalen Presse mit höchster Entrüstung bekämpfte gewöhnliche Sterbliche, dann fällt das monarchische Gestell, auf dem die deutschnationalen Volkspartei in Ermangelung besserer sachlicher Grundlagen steht, mit erheblichem Getöse in sich zusammen. Die Herren Deutschnationalen verstehen es ja überhaupt, dort, wo ihnen Korruptionsaufdeckungen nicht passen, die Augen sehr intensiv zuzukneifen und sich schwerhörig zu stellen. Als z. B. vor einigen Wochen der preussische Landwirtschaftsminister Braun (wir müssen die berechneten Herren Deutschnationalen schon einmal an diese peinliche Geschichte erinnern) einen Fall von wirklicher Korruption in einem Reichsministerium aufdeckte, da beicelte sich nicht etwa die deutschnationalen Presse, getreu ihrem Schwur gegen Korruption, wo sie sich auch zeigte, mutig anzukämpfen, die Klärung dieses Falles herbeizuführen, sondern sie fiel über denjenigen her, der die Korruption aufgedeckt hatte. Sie hatte nämlich nichts Eiligeres zu tun, als den Landwirtschaftsminister Braun und seinen Staatssekretär Dr. Kamm grundlos zu verdächtigen und dadurch die ganze Diskussion in ein falsches Gleise zu schieben. Und warum dies alles? Weil der bloßgestellte Beamte sich bei den agrarischen Deutschnationalen dadurch lieb und gemacht hatte, daß er für sie die hohen Getreidepreise herausrechnete, auf die die Agrarier hindrängen.

In den beiden Fällen, wo die Deutschnationalen bisher ihr Programm, gegen die Korruption, wo sie sich auch finde, anzukämpfen, hätten verwirklichen können, haben sie also nicht nur fäglich versagt, sondern sich mit einem Egan gegen die Bloßstellung der Schuldigen gewandt, der wirklich einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Das preussische Volk, dem die Deutschnationalen sich bei den kommenden Wahlen wieder als die Vaterlandsretter in empfehlende Erinnerung

bringen werden, wird hoffentlich nach diesen neuesten Erfahrungen die deutschnationalen Gaukeleien richtig zu bewerten wissen. Es wird hoffentlich nicht verfehlen, den deutschnationalen und ihren deutschvolksparteilichen Helfershelfern eindringlich klar zu machen, daß in den politisch gesund und gerecht denkenden Kreisen des preussischen Volkes nicht das geringste Verständnis für die Politik von Leuten besteht, die

andauernd mit zweierlei Maß messen. Die zwar tagtäglich mit sehr viel Geschrei, aber sehr wenig sachhaltigem Material über die Korruption in der Republik als Erscheinungsform des neuen Systems jammern, die aber krampfhaft die Augen verschließen, wenn einmal wirklich die Korruption offenbar wird und es sich zeigt, daß der Herd — gar nicht so sehr entfernt von ihrer eigenen Mitte steht.

Das Autonomiegesetz für Oberschlesien.

Die Zeit der Abstimmung in Oberschlesien rückt heran — nach bisher noch unverbindlichen Pressemeldungen wird sie im Februar (1921) stattfinden. Deshalb war es höchste Zeit, daß das obereschlesische Autonomiegesetz, das nach langen Beratungen im Ausschuss endlich die Zustimmung fast aller Parteien gefunden hat, im Plenum des Reichstages verabschiedet wurde.

Fehrenbach, der ehrenwerte Reichsminister der deutschen Republik, stellte es in seiner bekanntesten Art dem Hause zur zweiten Beratung vor, wies auf die Bedeutung des Gesetzes hin und bat die Parteien, keine längeren Ausführungen daran zu knüpfen. Es wäre dies ja an sich auch durchaus unnötig, denn es sei selbstverständliche Pflicht jeder deutschen Partei — Genosse Dönsky beante dies mit sittlichem Ernst — alles zu tun, um dieses wirtschaftlich hochwertige, kulturell deutsch durchtränkte Land dem Deutschland zu erhalten, nicht mit den Mitteln roher Gewalt und Unterdrückung einer anderssprachigen Bevölkerungsschicht, sondern mit dem aus dem neuen Geist geborenen Mittel freier Selbstbestimmung und geistiger Eroberung. Es hätte darum nichts geschadet, wenn die Ausführungen der bürgerlichen Redner weniger die Wahlbeeinflussung und die wirtschaftliche Erhaltung in den Vordergrund gehoben hätten, sondern, wie dies in ausgezeichneter Weise Dönsky tat, dem sich erstreckenderweise der rechtsunabhängige Lebensbereich anerkennend vor allem der Hinweis auf die in Oberschlesien geschaffenen deutschen Kulturwerte, mehr ins Auge springenden Wohlstand der an die Arbeiter gerichtete Hinweis auf die ausgebildeten deutschen Wohlfahrtseinrichtungen, und besonders auf den starken politischen Einfluß der Arbeiterschaft in Deutschland, der in Polen ja nur ein verschwindender ist. Dazu gehört auch der Hinweis, daß eine Umgestaltung der Wirtschaft in sozialistischem Sinne im siegreichen Polen der Schlachta ein schier undenkbares Ereignis wäre, während es in dem industriellen Deutschland der Arbeiterschaft eine Förderung und sicher auch eine Erfüllung nahe Zukunft ist.

Daß die Deutschnationalen natürlich den sonst verhältnismäßig einheitlichen Grundton der Ausführungen stören mußten, ist selbstverständlich. Sie als die altpreussischen Mannen und als die Macher jener unseligen Polenpolitik sehen in dem Gesetz eben den Anfang der Zersplitterung des starken Preußens, als ein Zugeständnis an eine gemischt deutsch-polnische Bevölkerung. Für sie gibt es ja weder die höhere Rücksicht auf das Wohl des ganzen deutschen Reiches, noch einen neuen Geist, der Begriffe wie „Selbstbestimmungsrecht“ kennt. Sie erklärten deshalb auch ihre Ablehnung zum Autonomiegesetz, im Busen die Hoffnung bergend, daß dieses Gesetz mit den Stimmen der mehr Verantwortlichkeit fühlenden Parteien doch durchgehen würde.

Ebenfalls dagegen, wenn auch in ganz anderem Sinne und auf Grund ganz anderer Beweggründe war der Kommunist Dr. Levi, der wütenden Widerspruch der Rechten erteilte, als er auf die fürchterlichen Jahre der Hafakisten hinwies, wobei er allerdings die Geschmacklosigkeit beging, das Regime unter dem Gen. Hörsing auf eine Stufe damit zu stellen. Im ganzen wies er nicht ungeschickt darauf hin, daß es nicht die von der Bourgeoisie hervorgehobenen nationalen Elemente sind, die zu einer Vereinigung Oberschlesiens mit Deutschland immer drängen werden, sondern die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, die sie in diesem Falle auch mit ihrer politischen deden.

Das Gesetz wurde dann gegen die Stimmen der äußersten Rechten und der äußersten Linken angenommen. Der Versuch, daraus einen Präzedenzfall zu schaffen und eine 28köpfige Kommission zur Neugliederung Deutschlands einzusetzen, schlug aber fehl.

Interessanter und vor allem bewegter dürfte die Sitzung am Freitag verlaufen, in der der Berliner Elektrizitätsstreit und der Antrag auf Aufhebung des Streikverbotes des Reichspräsidenten vom November auf der Tagesordnung steht.

Deutscher Reichstag.

35. Sitzung.

Donnerstag, den 25. November.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation von Zimmern und Genossen, die gegen beleidigende Äußerungen des Direktors der Reichsgetreidestelle v. Falkenhayn über die rheinische Bevölkerung Einspruch erhebt. Die Interpellation soll nach Schluß der eingeleiteten Unternehmung beantwortet werden.

Oberschlesien.

Auf der Tagesordnung steht sodann die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über Oberschlesien.

Reichsminister Fehrenbach: Der Tag der Abstimmung in Oberschlesien rückt nahe heran. Vielleicht findet sie bereits im Laufe des Jahres statt. Es ist zum Gesamtbewußtsein des deutschen Volkes geworden, daß Deutschland ohne Oberschlesien kaum zu leben vermag, und daß es jedenfalls die Bedingungen des Friedensvertrages nachzukommen nicht imstande ist, wenn Oberschlesien vom Deutschen Reich losgerissen wird. (Lebh. Zustimmung.) Wenn Polen nun mit den verwerflichsten Mitteln des Terrors auf die Abstimmung einzuwirken versucht, eines Terrors, der sich schließlich zu Mordtaten verdichtet, (Sehr richtig! und Bewegung!) der die Urheber dieser Mordtaten auf unsere Seite zu lenken versucht, dann können wir das nur als im höchsten Grade verwerflich bezeichnen. (Beifall.) Auch Polen hat ein Autonomiegesetz für Oberschlesien erlassen. Für ruhig abwägende Bürger dürfte es wohl einfach sein, ihre Zugehörigkeit zum Reich zum Ausdruck zu bringen, das für sich in Anspruch nehmen kann, Oberschlesien auf eine ungeahnte wirtschaftliche und kulturelle Höhe gebracht zu haben. (Lebhafter Beifall.) Zu einem Reich, das dort eine von politischer Seite nicht nachzukommende soziale Gesetzgebung eingeführt hat. Auf der anderen Seite ein Staat, der überwiegend erst in der Entwicklung begriffen, kaum eine geordnete Staatsführung garantieren kann. (Zustimmung.) Über die Frage der Autonomie ist nun einmal in die Menge geworfen worden, und man muß auch anerkennen, daß Oberschlesien mit Recht eine bestimmte Ausgestaltung seiner Eigenart verlangen kann. Es ist durchaus begreiflich, daß der preussische Staat nur mit großen Sorgen an diese Autonomie denkt, vom Standpunkt des Reiches, vom Standpunkt des Staates Preußen wie auch vom obereschlesischen Standpunkt aus. Aber der ganz überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung sieht sich nunmehr für eine Lösung der Autonomiefrage im Sinne der Regierungsvorlage ein. (Anerkennung!) Die Sachverständigenkreise, in erster Linie die Obereschlesier selbst, wünschen diese Lösung. Ganz Oberschlesien stellt sich auf den Boden der Regierungsvorlage. Wir erkennen dankbar an, daß die preussische Regierung nunmehr einstimmig ihre Zustimmung ausgesprochen hat. Die Aufgabe der interalliierten Kommission Oberschlesiens wird es sein, für eine Abstimmung, frei von allem Terror, zu sorgen. (Sehr richtig.) Ich bitte Sie herzlich darum, eine allgemeine Ausrufung über die Neugliederung des Reiches auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung zu vermeiden. Diese könnte der obereschlesischen Gefahr schädlich sein. Es wird sich noch Gelegenheit bieten, ohne allgemeine Ausrufung an die Agenda dieser Frage heranzutreten. Von unseren obereschlesischen Bundesräten erwarten und erwarten wir, daß sie in dieser Regierungsvorlage ein Mittel erblicken, das geeignet ist, von dem Wege, der zur Wüste und unerträglichem Zugewandtheit zum Reich führt, alle Steine wegzuräumen. Wir vertrauen fest, daß unsere obereschlesischen Volksgenossen ihre bewährte Treue auch am Tage der Abstimmung bewahren. (Beifall.)

Hg. Polmann (Dem.) berichtet über die Ausschüßverhandlungen. Oberschlesien hat eine weltwirtschaftliche Bedeutung und die obereschlesische Frage ist eine politische Frage von höchster Bedeutung. Der Verlust Oberschlesiens würde Deutschland und Preußen am wenigsten unabänderlich ansehen, und der Ruf nach einer Nachprüfung des Friedensvertrages würde nur noch stärker anschwellen. Kein Döner ist zu groß, um Oberschlesien bei Deutschland zu erhalten. Wir führen den Kampf um Oberschlesien nur mit ehrenhaften Mitteln. Wir lassen Oberschlesien nicht fahren. Es gehört zu Deutschland. Deutsche Kultur darf in Oberschlesien nicht untergehen. Oberschlesien hat mit Polen nichts zu tun. Es ist ferndeutsches Land. Hartes ist fest über Oberschlesien gekommen. Wir danken den Obereschlesiern für die Treue, mit der sie alle diese Gefahren ertragen haben. Die Weibenschaften sind einfach. Eine düstere Atmosphäre ist geschaffen worden. Dieses Gesetz soll Verjüngung schaffen, soll die Möglichkeit friedlicher Arbeit geben. Neue Wege werden wir im Osten gehen müssen. Oberschlesien sorgt dafür, daß Oberschlesien deutsch bleibt! (Lebh. Beifall.)

Hg. Schullk-Bromberg (Dl.): Wir vermögen dem vorliegenden Gesetzentwurf unsere Zustimmung nicht zu erteilen. Durch die geltenden Verfassungsbestimmungen ist den Obereschlesien dasjenige Maß von Selbstständigkeit, das das Land zu seiner Entwicklung braucht, in ausreichendem und weit höherem Maße als durch das inhaltlosste politische Autonomieversprechen gewährleistet. Wir halten die Vorlage auch deshalb für bedenklich, insofern gefährlich, weil sie geeignet ist, Verwirrung in die geschlossene Front unserer obereschlesischen Volksgenossen hineinzutragen. Darüber hinaus kann sie unmittelbar zum Signal für die Aufteilung des preussischen Staates werden. Anders mir so für die Erhaltung Preußens, dieses geschichtlichen Grundpfeilers deutscher Macht, einzutreten, können wir für die Erhaltung des Reiches selbst. Das Vaterland erwartet von den deutschen Obereschlesiern, daß es sich von nichts von der Erfüllung seiner nationalen Pflicht abhalten lassen wird.

Hg. Dr. Ferschl (Centr.): Wir bitten um möglichst einheitliche Annahme dieser Vorlage, weil sie ein taugliches Mittel ist zur Erhaltung Oberschlesiens beim Reich. In der obereschlesischen Frage sollten alle Parteien in Burgfrieden und Heimatliebe zusammenstehen.

Hg. Dönsky (Soz.): Gegenüber den allgemeinen Interessen der Fortentwicklung des Volkes müssen in dieser bedeutenden Frage alle Parteinteressen schweigen. Wenn wir uns fragen, wo der deutsche Arbeiter Helfer aufgehoben ist, bei Polen oder beim Deutschen Reich, so müssen wir das letztere bejahen. Aus diesem Grunde werden wir, so schwer uns der Entschluß geworden ist,

Ihr das Gesetz stimmen. Wir müssen jedes Mittel benutzen, um Obereschlesien dem Reiche zu erhalten, dagegen alles abzuwehren, was schädlich ist, vor allem den übertriebenen, zum Fatalismus ausartenden Nationalismus. Nicht nur die Polen sollen das Schwert in die Scheide stecken, auch gewisse deutsche Kreise sollen Entschlossenheit üben und das Volk nicht unverantwortlich aufpeitschen. Die polnischen Kommunisten, die zum großen Teil aus Polen bestehen, sind aus Gründen ihrer Erkenntnis der Weberszeugung, daß es für die Arbeiter besser ist, wenn Obereschlesien zu Deutschland kommt. Wenn wir uns jetzt der Ausschreitungen in Kattowitz und anderer Orte erinnern, müssen wir zugestehen, daß die interalliierte Kommission viel versäumt und viel unterlassen hat. Bei rechtzeitiger Einschreiten wären die 123 Todesopfer des letzten Aufstandes vermieden worden. Die interalliierte Kommission soll endlich einmal gerecht vorgehen. Wir haben gegen Strenge nichts einzuwenden, aber man muß nicht nur bei Deutschen nach Waffen suchen und nicht nur Deutsche in den Kerker stecken. Zu den Kommunisten gewandt, sagt Reuber, die Arbeiter würden es ihnen nicht danken, wenn sie Obereschlesien der Weltrevolution opfern wollten. Gewiß ist dieses Autonomiegesetz nicht das Allheilmittel für Deutschland, dennoch aber sind wir der festen Überzeugung, daß die obereschlesische Lebensfrage unbedingt zugunsten Deutschlands entschieden werden muß. (Beifall.)

Abg. v. Karboff (Dsp.): Obereschlesien bedeutet für uns alles. Der Verlust wäre gar nicht zu ertragen. Ohne Obereschlesien könnte die Entente nicht einen Pfennig von Deutschland bekommen. Es wird uns schwer, die Hand zu der Abtrünnung des preussischen Staates zu legen, aber der Autonomiegedanke hat in Obereschlesien Wurzeln gefaßt. Wir stimmen daher der Vorlage zu. Eine Präjudiz für andere Landesteile soll aber damit nicht geschaffen werden. Der Abstimmungstag in Obereschlesien muß ein Siegstag werden. (Beifall.)

Abg. Ledebour (Unabh. rechts) erklärt die Zustimmung seiner Parteifreunde. Es ist der erste Schritt zu einer Neugliederung Deutschlands.

Abg. Leicht (Bayr. Volksp.) stimmt der Vorlage zu. Abg. Levi (Kommunist): In beiden Ländern erwartet die Arbeiter nach der Abstimmung dieselbe Unterdrückung wie vorher. Nur die sozialistische Revolution hat die Kraft, ein großes Volk zusammenzuführen.

Abg. Graf Bernstorff (Deutsch-Hann.): Wir hoffen, daß die Annahme der Vorlage unsere schwergeprüften Landsleute in Obereschlesien in dem Ertragen ihrer Leiden stärken wird.

Das Gesetz wird daraufhin gegen die Stimmen der Deutschen national und der übrigen Länder angenommen. (Beifall.)

Nächste Sitzung: Freitag, 26. November, 1 Uhr. Interpellation der U. S. P. D. betreffend Aufnahme der Beziehungen zu Rußland. Interpellation der Deutschen national über den Berliner Elektrizitätsstreik. Anträge. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Vor der Abstimmung in Oberschlesien.

Die interalliierte Kommission hat die Bildung von Abstimmungsausschüssen für alle Gemeinden Oberschlesiens binnen 5 Tagen angeordnet. Die Ausschüsse sollen sich aus je vier einheimischen Deutschen und Polen zusammensetzen. Ausgeschlossen sollen Beamte und Geistliche sein. Nach einer weiteren Verordnung der Interalliierten Kommission haben alle nicht in Oberschlesien geborenen Wahlweiser der blauen Polizei das Abstimmungsgebiet binnen 14 Tagen zu verlassen. In Heidenburg (Zabrze) und Kattowitz wird von dieser Verordnung weit über die Hälfte aller Polizeimannschaften betroffen.

Ein neuer Zwischenfall.

In dem bisher schon recht unruhigen Orte Stollberg wurde in der Nacht zum Mittwoch bei einer Hochzeitsfeier ein Wachmeister der Sicherheitspolizei von einem Polen an dauernd belästigt, der schließlich eine Ohrfeige davontrug. Darauf wurden die anwesenden 12 Mann der Abstimmpolizei umstellt und mit Karabinern und Pistolen angegriffen. 60 bis 80 Schuß wurden abgegeben. Die telefonische Verbindung ist abgeschnitten. Der auf dem Schauplatz erscheinende englische Kreisontrollleur wurde angehalten und mußte sich schließlich mit der Waffe Bahn schaffen. Zwei der Haupttädel führer wurden verhaftet. Die Waffen waren mit einem Schläge verschwunden. Eine Anzahl Personen ist verletzt worden.

Die Knebelung der deutschen Flugindustrie.

Bei dem Verbot der Flugzeugsendungen nach Amerika (wir haben in der Mittwochnummer unter „Kleine politische Nachrichten“ darüber berichtet. Red.) fügt sich die interalliierte Luftüberwachungskommission auf einen Beschluß der Botschafterkonferenz, die das im Friedensvertrage ausgesprochene Verbot für Flugzeuge von sich aus auf unbestimmte Zeit verlängert hat. Im Artikel 201 des Friedensvertrages ist bestimmt, daß für die Dauer von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages Flugzeuge in Deutschland nicht gebaut werden dürfen. Das Verbot war also am 10. Juli dieses Jahres abgelassen. In einer späteren Erklärung hat jedoch die Entente das Verbot für Flugzeuge, entgegen der klaren Bestimmung des Friedensvertrages, weiter aufrecht erhalten mit der Begründung, daß Deutschland der Verpflichtung zur Auslieferung seines gesamten Kriegsmaterials nicht voll nachkommen sei. Der sofort eingelegte energische Protest der deutschen Regierung wurde abgelehnt. Die Botschafterkonferenz erklärte, die Entente behalte sich vor, den Zeitpunkt selbst festzusetzen, wo nach ihrer Meinung das gesamte Kriegsmaterial abgeliefert worden sei.

Diese Auslassung der Botschafterkonferenz gibt der Entente die Möglichkeit, den Bau von Flugzeugen und Flugzeugmotoren in Deutschland auf beliebige Zeit zu verhindern. Es hat fast den Anschein, als ob die Entente nach einem ganz bestimmten Plan vorgehe, um die deutsche Flugzeugindustrie solange niederzulassen, bis sie keine nennenswerten Konkurrenz mehr für die Flugzeugindustrie der alliierten Staaten bedeutet. Die deutsche Regierung wird selbstverständlich die logische Verbindung nicht anerkennen, welche die Entente zwischen der Auslieferung des deutschen Kriegsmaterials und dem Beginn der Bauarbeiten für Flugzeuge und Flugzeugmotoren konstatiert. Dienstag nachmittag hat bereits in Berlin eine Sitzung der zuständigen Stellen stattgefunden, um über die Schritte zu beraten, die erforderlich sind, um eine völlige Lähmung der deutschen Flugzeugindustrie durch das Verbot der Entente zu verhindern.

Holz und Militär gegen die Straßburger Sozialdemokraten.

Am 22. November wollten einige hundert Mitglieder der sozialistischen Partei in Straßburg eine Versammlung abhalten, die von der französischen Behörde unter dem Hinweis verboten worden war, daß der Jahrestag des Einzugs der Franzosen in Straßburg ein Feiertag sei. Der Parteivorstand hatte die Lösung ausgegeben, daß die Versammlung trotzdem stattfinden

Daraufhin hielt ein starkes Aufgebot von Polizei, Gendarmen und Militär die Eingänge zum Versammlungsort besetzt. Den Bajonetten weichen, verließ die Menge unter Hochrufen auf die Internationale den Kleber-Platz und zog nach dem Volksgarten, wo die Aufführung erfolgen sollte. Auch hier war ein bewaffnetes Aufgebot vor dem Eingang aufgestellt, und Autos mit Verstärkungen eilten hinzu. Der Parteivorstand forderte die Menge zum Heimgehen auf, aber auch jetzt war sie den Befestigungen der Kommandos ausgesetzt. Noch bis tief in die Nacht rasten die Kavalleriepatrouillen durch die Straßen der Stadt.

Balachowitz umzingelt.

U. Stockholm, 26. November. Der Frontbericht des Generalstabes der Roten Armee berichtet die Umzingelung der von Balachowitz geleiteten Hauptkräfte auf dem Ufer des Prißig. Ihre Vernichtung wurde vorbereitet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstagsnachwahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein.

Die Reichstagsnachwahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein finden am 20. Februar 1921 statt. In einer Vorgesprächung von Regierungsvertretern und Vertretern der Reichstagsfraktion wurden die von der Regierung ausgearbeiteten Ausführensbestimmungen gutgeheißen.

Die auswärtige Politik.

Ministerpräsident Leggues erschien Mittwoch im Ausschuss für Auswärtiges und erklärte, daß Deutschland das Abkommen von Spaas ausführe und die Waffenlieferungen sich verstärken. Die Prämie in Gold, die zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter dienen sollte, konnte dieser Bestimmung nicht zugeführt werden. Leggues erklärte ferner, er halte seinen Standpunkt gegenüber Rußland weiter aufrecht, den bisher die französische Politik eingenommen hat. Er halte aber wirtschaftliche Beziehungen von Person zu Person für angebracht. Weiterhin erklärte er, er sei ein Gegner der Blockade Rußlands, die er als gefährlich und wirkungslos betrachte. Der „Matin“ betont, die Erklärungen waren Mittwoch abend in den Verhandlungen der Kammer Gegenstand einer lebhaften Aussprache.

Das Einkommen des Kaisers.

Nach einer Zürcher Meldung hat im englischen Unterhaus Mr. Clough mitgeteilt, daß der ehemalige Kaiser als König von Preußen im Januar 1919 die Summe von rund 39 1/2 Millionen Franken, im August desselben Jahres 20 1/2, im Oktober 1919 rund 17 1/2 und seit diesem Zeitpunkt insgesamt noch 28 1/2 Millionen Franken erhalten habe. Das würde eine Summe von rund 106 Millionen Franken ergeben. Wenn ferner behauptet wird, daß sich die englische Regierung von ihrem Botschafter in Berlin die Richtigkeit dieser Summen habe bestätigen lassen, so stimmen trotzdem die Ziffern nicht. Der Betrag, der dem ehemaligen König nach Holland überliefert wurde, beträgt, wie wir zuverlässig erfahren, insgesamt ungefähr 52,2 Millionen Mark und stammt aus dem Mobilfonds des königlichen Haushalts, also aus seinem Privateigentum. Im Januar 1919 hat der König erhalten 4-500 000 Mk., im August 1,8 Millionen als nachgezählte Schatzkassengelder, im September v. Js. 10 Millionen für den Ankauf von Doorn und schließlich als Käuferlös der Häuser Wilhelmstraße 72/73 40 Millionen, von denen 2 Millionen Steuer abgezogen wurden.

Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten.

Vom Hauptauschuss für soziale Angelegenheiten wurde eine Eingabe über die Notlage der Zivilblinden in ihren Hauptforderungen der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen. Der gleiche Beschluß wurde über eine Eingabe betreffend die Wählbarkeit der Frauen zu Innungspräsidenten gefaßt.

Das Gesetz über die Kapitalflucht.

Der Reichsausschuss zur Vorbereitung des Gesetzes über die Kapitalflucht nahm Donnerstag den Entwurf der Regierung mit einigen Änderungen an. Nach § 1 des Gesetzes dürfen Wertpapiere und auf in- und ausländische Währung lautende Zahlungsmittel nur durch Vermittlung von Banken verhandelt oder überbracht werden. Der Ausschuss beschloß, daß als Banken im Sinne dieses Gesetzes auch Schuldbuchverwaltungen, Sparkassen, sowie weiter alle Personen und Unternehmungen gelten, die geschäftsmäßig Bank- oder Bankergeschäfte betreiben. § 1 blieb im wesentlichen unverändert. Die Banken werden jedoch nach den Beschlüssen des Ausschusses beauftragt, Erklärungen der Auftraggeber über Ausfuhr von Wertpapieren oder Zahlungsmitteln an das zuständige Finanzamt weiter zu geben und eine zweite Ausfertigung noch zwei Jahre lang aufzubewahren. Auf Anfrage teilte ein Regierungsvertreter mit, daß zur Bekämpfung der Kapitalflucht das Breisgesetz durch eine Verordnung vom November 1918 aufgehoben sei und es dabei bleiben soll. Der Rest des Gesetzes wurde mit unwesentlichen Änderungen genehmigt.

Handwerkerentscheid im Reichstage.

Im Reichstage haben sich die Reichstagsabgeordneten, die dem Handwerkerstande angehören, zu einem interfraktionellen Ausschuss zusammengeschlossen, der in Handwerkerfragen ein gemeinsames Vorgehen anstreben will. Dem Handwerkerentscheid, der dessen Vorsitzenden Klempnerobermeister Reichstagsabgeordneter Barisch (Königsberg) gewählt wurde, gehören 16 Reichstagsabgeordnete aller bürgerlichen Fraktionen an. Der Ausschuss wird dem Reichstag einen Antrag vorlegen, durch Verordnung des Reichspräsidenten unverzüglich eine Stelle einzurichten, die einen fortlaufenden Heberzins erhält über alle Beschaffungen des Reiches, von welchem Reffort sie auch ausgehen mögen, und bei der die Länder durch ihre Beauftragten in der Lage sind, auf die gerechte und wirtschaftliche Verteilung der Reichsausgaben auf die einzelnen Wirtschaftskreise des Reiches einzuwirken.

Aus dem Reichsrat.

Der Reichsrat hielt Donnerstag abend unter dem Vorsitz des Ministers Heintze eine öffentliche Sitzung ab. Eingegangen war eine Vorlage über die Prägung von weiteren 20 Millionen Mark in 10-Pfennigstücken aus Zink. Ferner der Entwurf einer Verordnung betreffend die Genehmigung des Ankaufs und der Entziehung der Reichsbanknoten zu 50 Mk. vom 30. November 1918, sowie ein Gesetzentwurf über die Vertagung der Angehörigen des Reichsheeres und der Marine sowie deren Hinterbliebenen, ferner ein Gesetzentwurf über das deutsch-französische Abkommen betreffend die Sicherstellung der von Belgien-Lehringen geleisteten außerordentlichen Kriegsabgaben,

ein Verleumdung über das internationalen Olympiabankrott vom 23. Januar und ein noch maliger Nachtragsetat. Alle diese Entwürfe gingen an die Ausschüsse. Mit der Erhöhung des Höchstbeitrages der Darlehenskassenscheine auf 50 Millionen Mk. erklärte sich der Reichsrat einverstanden.

Der Erfolg der Entwaffnung.

Nach einer Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung ist das Ergebnis des ersten Teiles der Entwaffnungsaktion folgendes: Freiwillig abgeliefert, angekauft, beschlagnahmt sowie von Organisationen und Fabriken angemeldet sind: 825 Gewehre, 1678 Maschinenpistolen, 2103 441 Gewehre und Karabiner, 76 816 Revolver und Pistolen, 83 941 Handgranaten, 3 458 Geschützteile, 45 781 151 Stück Handfeuerwaffenmunition. Die Einziehung der Maschinengewehre (8404 Stück) und der Gewehre (801 658 Stück) von den Organisationen und Fabriken ist im Gange. Durchsuchungen und Untersuchungen werden nunmehr überall dort stattfinden, wo das Ablieferungsergebnis ungünstig gewesen ist.

„Mit Gott für König und Vaterland.“

In der Reichstagsdebatte über die Kapitalberchiebungen abtger und fürstlicher Personen am 22. November hatte der „Unabhängige“ Breisheit auf die bekannte Tatfache hingewiesen, daß die feudale „Kreuzzeitung“ unmittelbar nach dem Revolutionstag ihren Wahlpruch am Kopfe des Blattes: „Mit Gott für König und Vaterland“ fortgelassen habe. Graf Westarp wehrte diesen Angriff mit der Feststellung ab, daß die „Kreuzzeitung“ am 12. November 1918 erklärt hätten, jener Spruch müsse beseitigt werden, oder sie würden die Zeitung nicht sehen. Gut; die „Kreuzzeitung“ hat sich also „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“ gestellt, aber sie hat ihren Lesern nicht mitgeteilt, warum sie unmittelbar nach der Revolution den monarchischen Spruch fortgelassen; so daß jeder annehmen mußte, das konservative Blatt lasse, wie die meisten anderen Monarchisten, aus Angst das Königshaus im Stich. Aber eine andere Frage: inwieweit sind zwei Jahre vergangen, die Gefahren der Revolution sind längst so sehr vorüber, daß die Monarchisten die unverantwortliche Agitation entfalten können, aber der Spruch fehlt noch immer am Kopfe der „Kreuzzeitung“. Warum?

Die Altersgrenze für preussische Beamte.

Die preussische Landesversammlung erledigte Mittwoch die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Einführung einer Altersgrenze für Beamte und nahm die Vorlage in der Ausschussfassung, die die Altersgrenze auf 65 Jahre festsetzt, an. Bei Richtern und Hochschullehrern ist die Altersgrenze 68 Jahre. Die deutchnationalen Anträge, die Altersgrenze auf 68 Jahre und bei Richtern und Hochschullehrern auf 70 Jahre zu erhöhen, wurden in namentlicher Abstimmung mit 150 gegen 101, resp. mit 150 gegen 102 Stimmen bei zwei resp. einer Stimmenthaltung abgelehnt. Dagegen wurde ein Zentrumsantrag angenommen, das Gesetz auf Beamte im besetzten Oberschlesien nicht anzuwenden.

Der unerschöpfliche Verleumderjumpf.

Es läßt sich kaum alles verzeichnen, was an Verleumdung gegen die sozialdemokratischen Führer ausgeübt wird. Die schmutzige Phantasie der Ehrabschneider übersteigt alle Grenzen. Natürlich wird die Verleumdung um so gemeiner, je christlicher und nationaler die Kreise sind, aus denen sie stammt. Namentlich die frommen Vorkämpfer der christlichen Nächstenliebe leisten im Verleumderhandwerk ganz Außerordentliches. Da behauptete am 26. August d. J. die in Bethel (der frommen v. Bodenschwingischen Kolonie) erscheinende Zeitung „Aufwärts“, ein antisemitisches Blatt, daß Scheidemann in der Schweiz bei Wädenswil ein großes Gut sowie ein Vermögen von 28 Millionen Mark besäße, in der ganzen Schweiz ein Vermögen von 48 Millionen verheere. Diese Meldung verfaß der fromme Verfasser mit der Ueberschrift „Revolutionsgewinner in der Schweiz“ und knüpfte daran wehleidige Betrachtungen, wie der Führer der Mehrheitssozialdemokratie, von persönlicher Selbstsucht getrieben, seine Stellung nur benutzt habe, sich zu bereichern. Eine Verächtigung Scheidemanns führte nur zu neuen Beschimpfungen. Nunmehr stellte Genosse Scheidemann Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. A. Wagner. Der Staatsanwalt erhob öffentliche Klage, Vor Gericht brach natürlich die Behauptung des Angeklagten über Scheidemanns Millionen in nichts zusammen. Die eingeholte Auskunft des Gemeindevorstands Wädenswil lautete dahin, daß von einem Scheidemannschen Besitz in der Schweiz dort nichts bekannt sei. Es handelte sich vielleicht um eine Verwechslung mit der dortigen Parvusischen Besetzung. Nunmehr wurde der Angeklagte erheblich kleiner und beteuerte, eine absichtliche Verleumdung Scheidemanns habe ihm ferngelegen. Er habe seine Verleumdungen nur ausgestreut, um die Moral im Volke zu heben und dem sittlichen und religiösen Empfinden freie Bahn zu schaffen. Für diese Sorte Moralheben hatte aber das Gericht kein Verständnis und verurteilte den Angeklagten zu 1 000 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde dem Nebenkläger Scheidemann die Publikationsbefugnis zugesprochen. Das Kennzeichnende aber ist, daß diese Verleumdung in der ganzen „nationalen“ Presse die Hände gemacht hat und, wo sie nicht gefaßt wurde, natürlich auch nicht widerrufen worden ist. Auch nicht werden wird! Denn es geht nichts über das Anstandsgefühl der nationalen Ehrabschneider.

Kleine politische Nachrichten.

Wie „Berliner Tageblatt“ aus Romno meldet, sind die Feindseligkeiten auf der litauisch-polnischen Front einige Zeit still geworden.

Wie die „National-Zeitung“ hört, dürfte die deutsche Regierung in den nächsten Tagen an die Entente eine Note richten, in der sie die Bedingungen der Entente betreffend die Dieselmotoren annimmt.

Das griechische Parlament wird am 8. Dezember zusammentreten. Die Session wird durch die Regentin Königin Mutter Olga eröffnet.

Die „Times“ meldet aus Konstantinopel den Rücktritt der armenischen Regierung und ihre Ersetzung durch eine extremistische Regierung.

Ungarn.

Der deutsch-ungarische Handelsvertrag. Die ungarische Regierung wird auf Grund gegenseitiger Ermächtigung den deutsch-ungarischen Handelsvertrag, welcher von Deutschland bereits ratifiziert wurde, auf dem Verordnungswege in Kraft setzen.

Frankreich.

Bau des Kanals-Tunnels.

Die internationale Handelskonferenz in Paris sprach sich für den beschleunigten Bau eines Kanals unter dem Ärmelkanal aus.

Die Innenpolitik der Regierung und das Unterhaus.

In Dublin wurden in der vergangenen Woche 125 Personen verhaftet. Gegen den Herausgeber und Chefredakteur von „Freemans Journal“, das in Dublin erscheint, wurde ein Kriegsgerichtsverfahren wegen Verbreitung unwahrer Nachrichten über die Widervergeltungsmassnahmen der Polizei eingeleitet.

Greenwood las im Unterhaus ein beschlagnahmtes Dokument der Sinnfeiner vor, dem zu entnehmen war, daß diese beabsichtigten, die Liverpooler Docks und die Elektrizitätszentrale in Manchester zu zerstören.

Wie die Blätter mitteilen, appellierte Greenwood in seiner Rede an die katholische Geistlichkeit Irlands, gegen diese Mörder mit sozialer Nachdruck aufzutreten, wie seinerzeit gegen die Ausschubungen in Irland.

Der Antrag, ein Antrag Asquiths wurde mit 303 gegen 88 Stimmen verworfen.

Im Oberhaus hielt Grey eine Rede über die irische Frage. Grey drang auf Annahme seiner Vorschläge über die Gewährung der Dominions-Homörie für Irland.

Einer Kautermeldung aus Dublin zufolge wurden bei der Durchführung der Liberty Hall, dem Hauptquartier der Arbeiterorganisationen, Bomben und Munition gefunden.

Der Sekretär und der vormalige Vorsitzende der Arbeiterpartei, sowie der Sekretär der Arbeitergewerkschaft wurden verhaftet.

Die Vereinigten Staaten.

Ein Skandal im Schiffsahrtsamt.

Gegen das amerikanische „Shipping Board“ sind schwere Beschuldigungen erhoben worden, und der Kongress hat daraufhin einen Ausschuss auf Untersuchung dieser Angelegenheiten eingesetzt. Dieser Ausschuss hat u. a. eine das Land schwer schädigende verschwendische Wirtschaft festgestellt.

Ein Bührenwot entdeckte, daß von 3752 Mill. Dollar nicht weniger als 2000 Millionen vergeudet worden sind. Das Amt kaufte u. a. 27 norwegische Schiffe, und es hat sich herausgestellt, daß die darauf bezügliche Rechnung mit 20 Mill. Dollar überzahlt worden ist.

Das Amt deponierte Werte im Betrage von 240 Millionen Dollar, ohne daß Belege dafür vorhanden sind. Ferner wurden bei verschiedenen Banken 20 Millionen Dollar bar deponiert, die in den Büchern gleichfalls nicht aufgeführt sind.

Die Friedensresolution Knox.

Nach einer Radio-Meldung aus Washington wird Senator Knox am 8. Dezember im Kongress nochmals seine Resolution einbringen, in der sofortige Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland verlangt wird.

Die bereits von beiden Häusern des Kongresses im April bzw. Mai 1919 angenommene Resolution Knox ist am 27. Mai vom Präsidenten Wilson mit seinem Veto belegt worden.

China.

Die Japaner in China.

Die chinesische Regierung ersuchte in einer vom 19. datierten Note um baldige Zurückziehung der japanischen Truppen von der chinesischen Ostbahn.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 26. November.

Austritt des Bürgermeisters Dr. Kießling. Der Senat hat am 25. ds. Mts. dem Bürgermeister Emil Ferdinand Kießling, d. R. und d. P.H.L. Dr., die nachgesuchte Versekung in den Ruhestand zum 31. Dezember 1920 gemäß dem Geleße, betreffend die Versekung der Senatsmitglieder in den Ruhestand vom 23. Mai 1920, bewährt. — Mit dem Ausscheiden Dr. Kießlings aus dem Amte verliert der Senat eine hervorragende Persönlichkeit.

Die Demokraten und der Bürgerbund.

Die Deutsche demokratische Partei in Lübeck nahm in ihrer letzten Mitgliederversammlung gegen wenige Stimmen folgenden Antrag Dr. Schapers an: „Die Mitgliederversammlung der Deutschdemokratischen Partei Lübeck billigt die Haltung des Vorstandes in der Angelegenheit des Bürgerbundes.“

Dem Berichtsbericht ist zu entnehmen, daß sich die maßgebenden hiesigen Demokraten erfreulicherweise von ihrem politischen Standpunkt durch die Machenschaften der Bürgerbündler nicht abbringen lassen. Ob aber ihre mehr oder minder laienhaften Anhänger den von Herrn Schiemann geforderten Befehlern nicht aufstehen und den Forderungen des Bürgerbundes widersteht, wird erst noch abzuwarten sein.

„Standpunkt zu vertreten. Ihm ist es ganz gleichgültig, was der Vorstand beschließt, er vertritt sich auf alle Fälle dem Bürgerbündler. Wenn Herr Bape diesen „freistündigen“ Standpunkt auch bei seiner neuen Schließung vertritt, dann läßt sich der Bürgerbund zu diesem Gewinn gratulieren.

Der Sachwalter des Bürgerbundes, der „Generalanzeiger“, ist über das Ergebnis der demokratischen Verammlung äußerst erhoht. Er bezeichnet das Ganze als tendenziöse Mache und läßt die Beamten und Angestellten sowie die Haus- und Grundbesitzer als Schreckbild aufmarschieren, wie es bereits des öfteren geschehen ist.

Der Sachwalter des Bürgerbundes, der „Generalanzeiger“, ist über das Ergebnis der demokratischen Verammlung äußerst erhoht. Er bezeichnet das Ganze als tendenziöse Mache und läßt die Beamten und Angestellten sowie die Haus- und Grundbesitzer als Schreckbild aufmarschieren, wie es bereits des öfteren geschehen ist.

Parteilosen und Parteigenossen! Die jungen Genossen der Partei veranstalten am Sonntag, dem 28. November, abends 7 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses einen Bunter Abend, bestehend aus musikalischen und dichterischen Vorträgen verschiedener Art.

Jungsozialistische Vereinigung S. B. D.

Die Verammlung der Bürgerkraft am Montag hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Herkennung einer Kugelpenbindung zwischen dem Gelände der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und der Klappbrücke. 2. Nachbemittlung für die Erweiterung der Ortswahlverwaltung und des elektrischen Leitungsnetzes in Schütten. 3. Verklärung der Mittel für die Strafanstalt Lanerhof. 4. Rückübernahme und wiederholter Antrag auf Erlass eines Gesetzes über die Hofenunfallschutz. 5. Erlass eines neunten Nachtrages zum Landgesetz. 6. Anbringung von Kanisterbleiben am Marktallergängnis. 7. Schaffung der Stelle eines zweiten juristischen Oberbeamten beim Polizeiamt. 8. Beibehaltung der Ordnungs- und Polizeibeamtungen B. 9. Erlass erteter Nachträge zum Lübeckischen Gewerbeverordnungs- und zum Ortsstatut für das Kaufmannsgericht zu Lübeck vom 20. Juni 1906. 10. Verklärung der Mittel für die Lübeckische Geländekarte im Rechnungsjahre 1920. 11. Erhöhung des Gebührentarifs des Katasteramts. 12. Nachbemittlung für das Stadt- und Landamt. 13. Verklärung der Mittel für das Arbeits- und Wohlfahrtsamt. 14. Verklärung der Mittel für die Staatsanwaltschaft. 15. Haushaltsplan der Stadtverwaltung für das Wirtschaftsjahr 1921. 16. Feuerungs- und Wasserzweckung auf die Kosten für den Einbau von Gasmeslern in der alten Feuertankst.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete für Mecklenburg-Lübeck, Dr. Stübmann in Hamburg, hat den Parteivorständen der demokratischen Parteien in Mecklenburg und Lübeck mitgeteilt, daß er sich infolge seiner Wahl als Mitglied des Hamburger Senates demnachst verabschieden werde, sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederzulegen.

Erkundung und Entwicklung gemeindlicher Heizberatungsstellen. Die Gewerkekommission schreibt uns: Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat Herrn Stadtrat Eder aus München, Vorsitzender der Zentrale für das Deutsche Ofenheizergewerbe und Mitglied des Sachverständigen-Ausschusses für Brennstoffverwendung beim Reichskohlenrat beauftragt, durch persönliche Ertüchtung den Stadtverwaltungen behilflich zu sein bei der Einrichtung und Ausbildung von Heizberatungsstellen.

Der Verein der Ost- und Westpreußen wird anlässlich seines Stiftungsfestes, welches morgen, Sonnabend, im Kolosseum statt findet, die im Juli dieses Jahres stattgehabte Abkündigung in Ost- und Westpreußen durch einen Film zur Vorführung bringen.

Das Schillerkonzert, welches Fräulein Annemarie Fußer am Totensonntag in der Reformierten Kirche veranstaltete, brachte nicht nur, wie es bei diesen Konzerten und ihren besonders fein zusammengestellten Programmen stets der Fall ist, einen schönen künstlerischen Erfolg, sondern auch einen hohen finanziellen Erfolg.

Die deutsche demokratische Partei in Lübeck nahm in ihrer letzten Mitgliederversammlung gegen wenige Stimmen folgenden Antrag Dr. Schapers an: „Die Mitgliederversammlung der Deutschdemokratischen Partei Lübeck billigt die Haltung des Vorstandes in der Angelegenheit des Bürgerbundes.“

Angrenzende Gebiete.

Tarifvertrag in der Landwirtschaft.

Alle uns vom Landarbeiter-Verband, Gau 8 (Riel), mitgeteilt wird, ist der zwischen dem Deutschen Landarbeiter-Verband, Gau Schleswig-Holstein, und dem Landwirtschaftlichen Arbeiter-Verband in Riel am 28. April 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter und Arbeiterinnen für das Gebiet der Kreise Plön, Oldenburg, Stormarn, Neudenburg, Borchsholm, Segeberg, Eternsörbe, die Landhofsangelegenheit, Pöpling und Freistadt Lübeck und Kreis Lauenburg mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober für verbindlich erklärt worden.

Schwartau. Der sozialdemokratische Verein hält am Sonnabend, dem 27. November, abends 7 1/2 Uhr, eine Mitgliederversammlung ab und erwartet zahlreiches Erscheinen.

Hamburg. Große Mischliebungen an der Koch- und Konditor Rudolph begangen. Bei einer Hausdurchsicherung fanden Polizeibeamte 5 gefüllte Säcke, die angeblich Puddingpulver enthalten sollten. Die Beamten beachteten den Inhalt und legten Siegel an die Säcke.

Neueste Nachrichten.

Polnische Schulen in Westfalen. U. Berlin, 26. November. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat jetzt eine polnische Agitation eingesetzt, die die Errichtung polnischer Schulen fordert.

Holländische Fischereigesellschaft in Emden. U. Emden, 26. November. Wie hier verlautet, werden holländische Fischereigesellschaften in nächster Zeit einen größeren Teil ihrer Fischfänge nicht mehr nach Holland, sondern nach Emden bringen, wo sie eigene Betriebe errichten wollen.

Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen unwahrscheinlich. U. Koblenz, 26. November. Hier hält sich seit Dienstag der amerikanische Senator H. E. Fuller auf. Er hat bei seiner Ankunft erklärt, daß nur geringe Wahrscheinlichkeit für eine Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinlande vorhanden sei.

Eine Berichtigung des Reichspräsidenten. U. Pirmasens, 26. November. Der „Pirmasenser Anzeiger“ bringt folgende Berichtigung des Reichspräsidenten: „Der Angeigentell Ihrer Nummer vom 14. November enthält in aufsehender Schrift eine Anzeige, wonach im Sinne Polisch ein Berg im Werte von 56 000 Mark von meinem Herrn ausgestellt ist.“

Erdschöde in Italien. U. Rom, 26. November. Im Bereich von Siena, Arezzo und anderen Ortschaften von Toscana wurden zahlreiche Erdschöden verurteilt. Die Bevölkerung klagt ins Freie. Es ist kein Gebäudeschaden zu verzeichnen.

Frankreich gegen die Abänderung des Völkervertrages. U. Genf, 26. November. Da vor nächsten Dienstag keine Sitzungen des Völkervertrages stattfinden, richtet sich das Interesse auf die unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Kommissionen. Allgemein wird zugegeben, daß Frankreich den auf Abänderung des Völkervertrages abzielenden Anträgen der spanischen Staaten entgegensteht.

Beziehungen zum Vatikan. U. Paris, 26. November. Nach dem „Clair“ droht der radikalen Partei wegen der Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan eine Spaltung. Der Straßburger Kongreß der Radikalen hat beschlossen, den Etat für die Errichtung einer diplomatischen Vertretung beim Vatikan abzulehnen.

Benizelos doch noch gewählt. U. Paris, 26. November. Nach einem Bericht aus Rom hat Benizelos während seines Aufenthaltes in Messina die Mitteilung erhalten, daß er in Attika zum Abgeordneten gewählt wurde.

Ein Sinfonierkomplott. U. London, 26. November. Bei der Aussprache über Irland im Unterhause erklärte Sir Hamard Greenwood u. a., daß man ein Sinfonierkomplott entdeckt habe, welches die Ermordung sämtlicher englischer Minister zum Ziel hatte.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Helm. Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Wohin gehen wir,
um unsere Einkäufe zu machen?
Zu der bekannten Firma
Johannes Holst,
Lübeck,
Markt 6, Kohlmarkt 6.
Weil es dort auf
alle Wollwaren
trotz der billigen Preise
einen Extra-Rabatt von
20%
gibt. 10086

Schuh - Buchholz
Schwarze Allee 4. Große Burgstraße 36.
hat billige Preise. Keine Preiserhöhung.
10100) Bitte Käuferpreise zu beachten.

Käse in allen Preislagen. (997)
Vollketter Chester Käse
eben eingetroffen pro Wd. Nr. 24.
W. Korf, Gr. Burgstr. 18. Telefon 2824.

Inserate für hiesige und aus-
wärtige Zeitungen
übernimmt zu Original-Preisen
Hasse's Annoncen-Expedition,
Nachf. Frau H. Jäger Ww.
Telefon 2854. (1026) Südrstraße 118.

Praktische Weihnachtsgeschenke
in echten Lederwaren
Damen-
handtaschen
Besuch-
taschen
Brief-
taschen
Geldschein-
taschen
Geldbörsen
Zigaretten-
u. Zigarren-
taschen,
Akten-
taschen,
Schul-
rucksack,
Schmuck-
taschen,
Reise-
taschen,
Reise-
koffer
oder mit
Anrichtg.
Kleisekoffer
kauft man gut u. billig in dem Leder-
warengeschäft von
F. Fränkel,
Breite Strasse 35 u. Holstenstrasse 4. 10089

Denken Sie daran?
daß im **Fünfhausen 31** äußerst billig
der Käufer seinen Bedarf decken kann.
Zigaretten 50 u. 60 Pfg., Zigarren 100 Gramm 3.80 Mk.,
Shag 6.50 Mk., Zigaretten von 15 Pfg. an.
Kaufabst. u. Pfeifen in großer Auswahl.
M. Tews & Stoss jr.,
10018) Fünfhausen 31.

Für den Weihnachts-
einkauf empfehle:
Brotkrumen
v. 2.90 Mk. an
Suppen v. 2.50 Mk. an
**Gesellschafts-
sp. etc.** v. 1.20 Mk. an
Märchenbücher
v. 2.- Mk. an
**Malbücher, Silber-
bücher, Jugendbücher**
u. sämtl. Schreibwaren
in reicher Auswahl. (999)
Karl Kleinfeld,
Lübeck, Bahnhofsstr. 3

Karl Lahriz, Bäckerstr.
16. (1027)
No. Rindfleisch 10 Pf. 8.-
No. Bratenfleisch 9.-
Kollfleisch 13.-
Schinkenfleisch 13.-
frisches Gebäck 12.-
Schweinefleisch, Hammelf.
Sonntags:
Va. Rindfleisch
G. Käse, Schinken
3. (998)

Blumen Kränze
Franz Schmidt,
Lübeck, Günterstraße 11.
Telephon 1118. (1006)

Felle
aller Arten,
sowie Pferde- und Kuh-
schweißhaare laufen zu
höchsten Tagespreisen
Jul. Wagner
Fern 3414, Holstenstr. 8. 10076

Metalbetten.
Stahlrohrtrag, Kinder-
bett, Polster, Feder, Mat. fr.
Eisenmöb.-Fabr. Sahl L. Th.

Kochen — ein Vergnügen!
Nicht alle Hausfrauen werden dies bejahen, aber Kochen ist ein Vergnügen, wenn man einen Rieschel-Herd sein Eigen nennt. Mit Rieschel gibt es keine Sorgen um das rechtzeitige Anrichten, keinen Aerger mit schlecht brennendem und schlecht riechendem Gase!
Rieschel's Patent-Grude-Herd
mit Welschfeuerun?
ist stets im Betrieb, ist stets bereit, seine Dienste zu leisten. Er erspart der Haushau unendlichen Aerger und — Geld, denn er ist gleichzeitig die billigste Heizung der Jetztzeit.
Lassen Sie sich den Rieschel vorführen bei (9977)
Adolf Borgfeldt,
Mühlenstr. 36-44. Tel. 672.

H. Schultz
Uhrmacher
Johannisstr. 28
Garantie-
9978) Wester.
Trauringe,
333 und 585.
Reparatur-Werkstatt.

Zenratverband der Malchallten und Heizer, sowie
Berufsgenossen Deutschlands. :: Zahlstelle Lübeck.
Einladung zum Ball
am Sonntag, d. 27. Nov., im Gewerkschaftshaus.
Kasseneröffnung 5 Uhr. — Anfang 6 Uhr.
Das Komitee. (10008)

Gesellschaftshaus O. Dierich Fackenburg.
Sonntag, 28. November 1920:
Grosser Ball.
Ringkampf = Boxkampf
vom A. G. „Hansa“ von 1988.
Zur Aufführung gelangt u. a. der lustige Einakter
Die Landstreicher als Boxer.
Eintritt Herren 3 Mk., Damen 2 Mk.
Anfang 6 Uhr. (9995) Das Komitee.

Koloosseum Ball
Jeden Mittwoch
und Sonntag
Anfang 6 Uhr
Heinrich Ohde 1205

Rohrstühle werden sauber eingetlochten
und preiswert in der
Werkstatt für Erwerbsbeschränkte.
Ferner empfiehlt die Werkstatt Fußmatten aus Stroh-
und Binsegefl. in allen Größen. Spezialität: An-
fertigung von Strohläufern und Teppichen nach Maß.
Bestellungen an Erwerbsbeschränkten-Kürsorae Unter-
straße 104, Zimmer 1, Telefon 1055-62. 10003)

Diele! Diele!
Alfstraße 32
E. Krogmann Wwe.
10030) Heute und folgende Tage
la. 20% Gouda-Käse, etwas Bruch pro
Sontige Lebensmittel zu
enorm billigen Preisen.

Heute Freitag trifft ein großer Waggon
Herzertäse
ein, welchen ich billigst abgebe.
Ganze Räder 27 Mark.
Halbe Räder 14 Mark.
Verkaufsstellen: 10001
Wegener, Wahnstraße 10.
Steinhagen, Bedergrube 7.
Sanitäts-Molkerei, Marktstr. 17a

H. B. R.
mit den (1008)
Lohnkommissionen
Sitzung
am Sonntag, 27. Nov.,
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Deutscher Eisenbahner - Verb.
Ortsgruppe Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Montag, dem 29. November
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Bezirks-
konferenz Hamburg.
2. Bericht über die Ver-
handlung mit der Direk-
tion. (Abletnerunas-
norschuß, Einstufung der
Beamten).
3. Bericht über den
10005) Der Vorstand.
Mitgliedsbücher vorzeigen.

Preis-Skat
Sonntag, den 28., nachm. 4 Uhr
Holstenburg
Brückstr. 14. (10021) Carl Wienske.

Preis-Skat
Sonntag, den 27., abends 7 Uhr
Sonntag, den 28., nachm. 4 Uhr
Holstenburg
Brückstr. 14. (10021) Carl Wienske.

Konzerthaus Lübeck.
Sonntag, den 27. November 10007
Großer Ball.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Luisenlust.
Sonntag, den 27. November
Großer Preis-Dauerwalzeranz.
Anfang 7 Uhr. (10002) Geldpreise.

Gesellschaftshaus „Weiber Engel“,
Hafenburger Allee 29. Ende Station der Linie 1.
Am Mittwoch, 1. Dezember:
3. großer Familienball.
Anfang 6 1/2 Uhr. (10028)

Stadthallen-Lichtspiele.
Vom 26. Novbr. bis 2. Dezbr.:
Der große Sing-Film
Rheinzauber
mit Gesängen von Schumann, Schubert,
Pressel, Waldmann und alten
Volksliedern.
Die Gesänge werden von erstklassigen
Sängern ausgeführt.
Außerdem:
Algoi
der große expressionistische Film in 5 Akten,
in der Hauptrolle Emil Jannings.
Aufführungszelten 4 und 7 Uhr.
Vorverkauf bei Niemeyer, Breite Str.

Morgen Sonntagabend
Prima Rindfleisch
Suppenfleisch Wd. 10 Mt.
Bratenfleisch 11 Mt.
Gehacktes 12 Mt.
H. Reimann,
Schlächter, Gartenstraße 38

Preis-Skat
Restaur. Vorwerk
A. Ohlson
Sonntag, d. 28. November.
Anfang 4 Uhr. (10025)

Preis-Skat
Fleisch, Enten, Karfen.
Himmelsteier
Margaretenstr. 9.
Sonntag 7 1/2 (10082)

Preis-Skat.
Sonntag Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag Anfang 4 1/2 Uhr.
Restaur. Johs. Jürß,
Ebnelsgrube 59. (10028)

Preis-Skat
Sonntag abends 7 1/2 Uhr.
Prima Preise. 9992
Fr. A. Tmann, Straße 11a.

Volkshochschule.
Sonntag, 27. November,
abds. 8 Uhr, im Robannum:
Vortrag: Oberlehrer Dr. Fr.
Jung über: Gottfried Kellers
Verdunkelung und Weltan-
schauung. Eintritt für Kö-
rer frei; Nichtkörer 1 Mt.
(10017)

Die führende
Bar
in der
Fledermaus
ab 8 Uhr geöffnet.

Hodermann
Sonntag, 27. Novbr.
ab 4 Uhr: (10015)
Doppel-Konzert
2 Kapellen.
Freier Eintritt.

Fledermaus
8 Uhr
(9998)
8 Weltattraktionen.
Humor-Tanz-Stimmung.

Hansa-Theater
Heute 7 1/2: (9979)
11. Voll-Ab. — 6. Halb-
Ab. (Serie I)
Gasparone.
Oper, i. 5 Akt. v. Millöcker.
Sonntag u. Sonntag:
Gasparone.
Sonntag nachm. 3 1/2:
(Bei halben Preisen 6
bis 1 Mt.)
Dornröschen.

Stadtheater Lübeck.
Freitag: Vdft. D. u. 8. Vorst.
i. Op-Ab. **Aida.** 7 Uhr.
Sonntag: Vdft. D. und
8. Vorst. i. Schaus-Ab.
Moral. 7.30 Uhr.
Sonntag: 8. Fremdenvorst.
Minna v. Barnhelm. 2.15.
Othello. 7.30.
Ausgabe der Abonne-
mentskarten für den Faust-
I. us I. (alle Besucher) am
Freitag und Sonntag,
dem 26. und 27. November,
nachmittags von 2 bis 5 Uhr
an der Theaterkasse. 9999

Die Rupp-Gewerkschaft.

Von Georg Udo, Mitglied des Reichswirtschaftsrats.

Gelegentlich des Rupp-Bußches, der am 13. März dieses Jahres seinen Anfang nahm und der unermessliches Unglück über Deutschland brachte, konnte festgestellt werden, daß maßgebende Mitglieder des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes sich in den Dienst dieser hochverräterischen Aktion gestellt hatten. Es ist zweifellos, daß sich in diesen deutschen Städten eine große Zahl von Mitgliedern des D. H. V. der sogenannten „Rupp-Regierung“ zur Verfügung stellten. In Berlin zogen schon am Tage des Einzuges der meuternden Truppen Beamte des D. H. V. mit schwarz-weiß-roten Fahnen die Straße Unter den Linden entlang und der jetzige Reichstagsabgeordnete von Stinnes Gnadens, Thiel, der in leitender Stellung beim D. H. V. tätig ist, besuchte sich, der Rupp-Regierung einen Besuch abzustatten.

Alle diese Dinge sucht der D. H. V. abzuschleifen oder, wie z. B. den Besuch des Herrn Thiel bei der Rupp-Regierung, möglichst harmlos hinzustellen. Je mehr man aber die Entwicklung des D. H. V. verfolgt, je deutlicher zeigt es sich, daß der D. H. V. seine ganze Organisation in den Dienst umwälzender gegen-revolutionärer Bestrebungen gestellt hat.

Im Mai d. Js. hat der Gau Brandenburg des D. H. V. Nicht-Anien verschickt, die er seinen „vertrautesten“ Mitgliedern „streng vertraulich“ übermittelte. Die Richtlinien enthalten einen genauen Kriegsplan für die Mitglieder des D. H. V. Der Plan ist bis ins kleinste gegliedert und will den Zweck erreichen, bei einem neuen nationalsozialistischen Aufstande die Einheitsfront der Kopf- und Handarbeiter zu zerschmettern und einen etwaigen Generalaufstand durch organisierten Streikbruch und gegebenenfalls durch Sabotage unwirksam zu machen. Man scheut sich nicht, in den Richtlinien zum radikalsten Kampf aufzurufen, aber nicht zum Kampf gegen die nationalsozialistischen Eildreher, sondern gegen die Arbeiter und Angestellten, die einen neuen Generalaufstand abzuwehren versuchen. In den sehr umfangreichen Richtlinien heißt es u. a.:

1. Sofort bei Beginn eines solchen Streiks ist dem Arbeitgeber zu sagen, daß wir arbeitswillig sind, daß er uns aber klipp und klar zu sagen hat, in welcher ausreichenden Weise er uns zu schützen gedenkt. Von Anfang an wird verlangt, daß wir spätere Arbeiter- oder sonstige Gerichte nicht anerkennen und uns diesen auch nicht fügen.

2. Beginnt auch nur der geringste gewalttätige Terror gegen uns, wird sofort in allen Betrieben und Werken die Arbeit vollständig niedergelegt.

Es ist strikt verboten, daß irgendein Lohnbureau auch nur einen Federstrich macht. Die Lohnbureaus haben die Unterlagen für die Lohnberechnungen so zu „fortieren“, daß kein Lohnbescheid, auch nicht Protokolle und Direktoren, sich durchsinden. Wir überlassen der Günstigkeit unserer Kollegen die Art, wie sie diese Belege unübersichtlich machen wird.

3. In Industriebezirken oder Revieren des Bergbaues, wo die Artikel für Lebensbedürfnisse in Verwaltungsstellen veranlagt werden, hat die Kollegenchaft gleichfalls sofort vollständig die Arbeit niederzulegen. Unterlagen über Lagerorganisation und Bestände verschwinden sofort. Der Betrieb ruht völlig, selbst auf die Gefahr hin, daß die Betriebe gestürmt werden. Um so eher tritt das Bedürfnis nach geordneter Versorgung wieder ein. Im übrigen wird versucht, den Kleinhandel zur Schließung der Geschäfte zu veranlassen. Der nötige Druck kann dahinter gesetzt werden. Die besonderen Anordnungen darüber bitten wir einzufordern, wo die Verhältnisse das bedingen.

Ebenso ist anzustreben, daß in solchen Gegenden oder Bezirken, in denen die Kollegenchaft den Einkauf und das Anrollen der Lebensmittel unter sich hat, Dispositionen getroffen werden, daß, selbst wenn die Bahn nicht streikt, kein Waggon Lebensmittel in den Bezirk rollt, ehe nicht die Sachlage nach unseren Wünschen geklärt ist. Wenn man nicht selber mit dem Personal der Lieferungsfirmen in Verbindung steht, ist Verbindung durch unsere Geschäftsstellen aufzunehmen. Die Maßnahmen sind bereits durchzuführen, wenn der Terror beginnt.

Die ganze Lebensmittelversorgung steht also still.

4. Expeditionen: Es versteht sich am Rande, daß Wagenbestellungen oder sonstige Arbeiten in der Expedition, selbst fertig verhandelte Sendungen liegen bleiben. Die „Sortierung“ der vorhandenen Unterlagen ist gleich so vorzunehmen, wie in den Lohnbureaus. Ruhestehende dürfen sich in nichts zurechtfinden.

5. Kassengeschäfte: Wir geben über die Handhabung dieses Teiles unserer Tätigkeit nach besonders Richtlinien heraus.

6. Lehrlinge müssen gleichfalls aus den Betrieben.

7. In jedem Bezirk — Ortsgruppe — mehrere Ortsgruppen zusammen — jedem Reuter — bilden sich sofort Leitungsorgane, die unter Berücksichtigung der Verhältnisse die Organisation durchführen.

8. Wiederaufnahme der Arbeit: Das ist die Hauptsache! Wir lassen uns weder von der Arbeiterchaft, noch von der Arbeit, noch von den Arbeitgebern zur Wiederaufnahme der Arbeit kommandieren.

Diese Richtlinien reden eine gar deutliche Sprache und bedürfen wirklich keines besonderen Kommentars. Die freien Gewerkschaften haben sich stets gegen jede Sabotage ausgesprochen. Im Kampf gegen die Interessen des arbeitenden Volkes ist aber dem D. H. V. selbst dieses Mittel recht; seine nationalsozialistische Anschauung läßt ihm jedes Mittel anwendbar erscheinen.

Auch das Verhalten des Abgeordneten Lambach auf dem Parteitag der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Ende Oktober d. J. in Hannover tagte, liegt durchaus in der Linie der Entwicklung des D. H. V. zu einer Schütztruppe aller rücksichtslosigen Bewegungen Deutschlands. In seiner Rede „Unser Weg zur deutschen Volksgemeinschaft“ sprach Herr Lambach lang und breit über die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit zwischen Arbeitnehmern und Kapitalisten. Er leugnete den Gegensatz der Klassen und will die Hebung der Lage der Angestellten auf dem Wege des Ausgleichs erwirken. Er will die Angestellten mit kleinen Aufbesserungen oder mit geringer Beteiligung am Betriebsvermögen abhalten. Er weiß nichts von den Riesengewinnen der Kapitalisten und von der immer größer werdenden Verelendung der Arbeiter und Angestellten. Ihm ist die Durchsetzung der parteipolitischen Anschauungen der Deutschen Nationalen Volkspartei die Hauptsache, und es ist klar, daß man mit den Großagrarern und Großindustriellen dieser Partei keine wirkliche Arbeiterpolitik treiben kann. Verträge also der Parteitag des Herrn Lambach vollständig in der Wahrnehmung der Interessen der Angestellten, so trat er um so entschlossener für ein starkes Kaisertum ein, und da Herr Lambach Mitglied der Hauptverwaltung des D. H. V. ist, so zeigt auch dieser Fall, daß der D. H. V. der Hört aller reaktionären Bestrebungen ist, und daß sein Ziel „Handlungsgehilfengewerkschaft“ nur für den Wimpfang berechnet ist.

Zur gleichen Zeit als der D. H. V. durch sein Verwaltungsmittglied Lambach sein Bekenntnis zum starken Kaisertum ablegen ließ, drangen aus Chemnitz Nachrichten in die Öffentlichkeit, die da beweisen, daß in Sachsen umfassende Vorbereitungen für einen Rechtsputsch getroffen sind. Der Plan ist bereits bis in alle Einzelheiten fertiggestellt. Was an diesem gemeinschaftlichen Plan am meisten interessiert, ist die Tatsache, daß zu den Vereinigungen, die sich der Rupporganisation „Stahlhelm“ angegliedert haben, nach dem Bericht der „Chemnitzer Volksstimme“ auch der D. H. V. gehört.

Die angeführten Tatsachen sprechen für sich selbst! Wer die vorstehenden Stellen anfangen liest, wird den Beweis als erbracht ansehen müssen, daß der D. H. V. den Namen „Gewerkschaft“ nur als Aushängeschild betrachtet. Er ist in Wirklichkeit nichts weiter als eine parteipolitische, reaktionäre Kampfgewerkschaft gegen die sozialen und kulturellen Errungenschaften der Republik. Er will die Handelsangestellten wieder in das alte Hörigkeitsverhältnis zurückstoßen. Anstatt gegen die Macht des Kapitalismus anzukämpfen, unterstützt er es in jeder Weise. Anstatt friedlich am Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten, fördert er alle Bestrebungen, die zu einer gewaltsamen Umwälzung und damit zu neuen Erschütterungen führen müssen.

Diese Erkenntnis über das wahre Wesen des D. H. V. gilt es überall zu verbreiten.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 26. November.

Vom „Segen“ des freien Handels.

Im „Gordian“, einer Hamburger Zeitschrift für Kaffee- und Zuckergüterindustrie, lesen wir folgendes darüber, wie das Spekulantentum, das sich „freier Handel“ nennt, den Kaffee verteuert: „Das Wohl und Wehe der europäischen und amerikanischen Kaffeeplantagen und deren Käufer, der Verbraucher, wird ausschließlich von dem Ertrage des großen Enteländer abhängen und hier wieder von den Ländern, die den Konsumkaffee ernten. Die Güter sind Spekulationsartikel. Die Preise, die die Verbraucher und Verbraucher für Kaffee im Jahreslauf bezahlen sollen, bestimmt eine Handvoll Kaufleute. Hilflos war von jeher, wer Kaffee pflanzt, erntet, trocknet, verpackt, verarbeitet und verzehrt. Den Erzeugern wurden von jeher kurz vor den Haupterntezeiten die Preise herabgedrückt. War das bis zum Weltkrieg gebräuchlich, dann wurden die Ernteerträge von der Spekulation zum gedrückten Preise aufgetauft. Ein kleiner Teil davon wurde billig in der ganzen Welt angeboten. Zum Schein! Damit wurde überall ein starrer Markt so lange geschaffen, bis sich die Spekulation zu niedrigstem Preise voll und satt gekauft hatte. War das geübt, dann zog die Spekulation ihre Angebote vom Markt zurück. Die Folge war, daß der Bedarf unsicher wurde, anfang zu laufen und dringlich und immer dringlicher wurde. Und wenn dann die Preise um 5, um 10, um 20 Mk. der Zentner nach oben getrieben waren, erschienen die Spekulanten gnädigst wieder mit Angeboten im Markte. Und hatten Erfolg, und sammelten Millionen zu Millionen, verkäuferten ihre Handelskraft und konnten im nächsten Frühjahr noch größere Vorkäufe für spekulative Einfagerungen machen. So was nennt man heute und seit Jahrzehnten den Segen des freien Handels!“

Behbehaltung der Ordnungs-polizei, Abteil. B.

Die kaiserliche Ordnungs-polizei, Abteilung B (grün), ist seit dem 1. Oktober 1920 durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Lübeck, die Forderung unterbreitet, den ständigen Arbeitern eine Wirtschaftshilfe von 400 Mk., den unter 20 Jahren alten Arbeitern eine solche von 200 Mk. und, falls letztere als Ernährer gelten, eine solche von 100 Mk., außerdem für jedes Kind eine Zulage von 50 Mk. zu gewähren. Die Kommissare des Senats haben in den mit den Vertretern des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes geführten Verhandlungen den Standpunkt geäußert, daß von einer außerordentlichen Wirtschaftshilfe Abstand genommen werden müsse, da keine Gewähr dafür besteht, daß die Arbeiter nach Empfang der Beihilfe nach auf längere Zeit im Dienste des Staates bleiben. Die Kommissare haben sich jedoch andererseits davon überzeugen lassen,

Teuerungsausgleich an die Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen haben dem Senat unter dem 25. Oktober 1920 durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Lübeck, die Forderung unterbreitet, den ständigen Arbeitern eine Wirtschaftshilfe von 400 Mk., den unter 20 Jahren alten Arbeitern eine solche von 200 Mk. und, falls letztere als Ernährer gelten, eine solche von 100 Mk., außerdem für jedes Kind eine Zulage von 50 Mk. zu gewähren. Die Kommissare des Senats haben in den mit den Vertretern des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes geführten Verhandlungen den Standpunkt geäußert, daß von einer außerordentlichen Wirtschaftshilfe Abstand genommen werden müsse, da keine Gewähr dafür besteht, daß die Arbeiter nach Empfang der Beihilfe nach auf längere Zeit im Dienste des Staates bleiben. Die Kommissare haben sich jedoch andererseits davon überzeugen lassen,

Maria Hendrina von Goch.

Novelle von Louise Schulte-Brüd.

19. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Beert sah stumm hinab. Der Hefser aber schlug ihm derb auf die Schulter. „Des is noch emal gut gänge, awer hamme ich's net gesagt, es war die heilige Eisebahn. Wenn Sie alleweil noch so umme gestante h'te, do wär's ae spät gewese!“
Er sah mißbilligend auf Hendrina, um die Hildegard sich bemühte:

„Weißent! Die kenne ich nach net e bische zusammenreihle, wann's gilt. Un nu lömme Se emal da nutner. Na“, er lachte gutmütig, „alleweil wolle die Bein nit mehr! So, das kenne ich aach. A halwe Stunn bin ich emal im Rhein erumgeschwomme vor hiel Reme. — Ich hält ach noch a halwe Stunn schwimme könne, amher nit le mich enausgeholt hamwe, do hamwe ich's Rittern kriegt und hin's acht Dag net losworde. Zwilgens, dem Amerikaner, kenne ich es schlechter gange wie Ihre. Grab hamwe mir'n in a Haus dransortiert, wie die Hildegard Hilf gekriehle hot. Den hot grad noch a geheerige Eiseholl gekriegt un glatt an die Mauer geschmissle. Ich glaab, der hot düchtig was mit-kriegt.“

Beert sah erschrocken auf Hendrina. Sie schien aber nichts gehört zu haben. Apathisch sah sie wie auf einem Brett, das auf dem schlammigen Boden lag. Ein halb Duzend Menschen händten neugierig, ratlos um sie herum.

„Hol doch einer emal a Schluck Wein!“ rief Hildegard ärgerlich. „Sie ist ja so kalt, als wär sie jetzter a Stück Eis. Komm Hendrina, steh uff, mer wolle mache, daß mer aus der Näß heraus-kömmle.“

Sie versuchte Hendrina anzuführen. Aber es ging nicht. Schwach und unbehilflich sank sie zur Seite. Jemand kam mit Wein, sie nahm nichts. Sie schien noch wie gelbesabwendend hin auszuweichen auf das Toben des Eisgangs, bei jedem stärkeren Krach war sie heftig zusammenzucken.

Mit schwerer Mühe brachten sie sie hinauf in einen Wagen, den jemand geholt hatte und dann nach dem Weingärtnerhofen hinführte.

Da lag sie nun in Hildegards Bett, bloß, immer nur mit entsetzten Augen vor sich hinstehend. Der alte van Enderbark kam ganz gerinnig und ärgerlich. Was das nur für Geschichten waren! Die Hildegard und der Geord Retner, die hätten auch was Besseres tun können, als gerade an der Näge herumzugillieren, ausge-

rechnet, als das Eis aufging. Die kannten doch die Gefahr. Und das wär nun eine schöne Bescherung, daß sein Schwiegersohn sich auch noch was geholt hätte. Schlimm wär's ja nicht, er hab es schon gehört, — nur den Vorn hab er sich angestochen.

Sein Schwiegersohn? — Beert sah den Allen erschrocken an. Aber der grinste hässlich. Freilich, sein Schwiegersohn. Ob er wohl denn warten solle, bis es Beert gefällig war, Ernst zu machen. Na, ja dumm war er nicht. Gerad' heut nachmittag, lust vor einer Stundle, habe er alles mit dem Geord Werner fertig gemacht! Der besann sich nicht lange, wenn man die Sache nur richtig anpakte. Der kühlerste und knaufferste nicht, der —

Der alte van Enderbark brach ab und lachte listig. Na, er war doch der Klügste gewesen. Nun blieb das Anteil Hendrinas fest und unknipbar auf der Maria Hendrina von Goch stehen und der Werner, der verlobte Mann, gab auch noch so viel, daß er den Beert austauschen konnte, wenn der müde. Die Maria Hendrina von Goch gehörte ihm, ihm ganz allein, wenn er wollte.

Er rieb sich die Hände. Wenn die Hendrina ausgeschlafen und sich erholt hätte, dann konnte Verlobung gefestert werden. Lange hielt doch das Rheineis nicht mehr, sie schliefen dann nach Mannheim und es war gut, wenn bis dahin alles in Ordnung war.

Ganz verkehrert sah Beert den Allen an. Freilich, der wukhte ja gar nicht, was gesehen war. Und wenn er's ihm erzählte, was dann? Was focht das den Allen an. Und ob Hendrina überhaupt wukhte, was vorgegangen wär? Sie war ja kaum bei Bewußtsein gewesen während der Gefahr.

Und nun fing der Alte an zu knurren. Er hatte sich von den Rittlern den Hergang erzählen lassen. Na ja freilich, der Beert mit seiner Schwermüdigkeit und die Hendrina mit ihrer Frauen-lebensbuntheit, die waren natürlich hinten abblieben, die mußten erst geholt werden wie die verlaufenen Räder, die dann auch auf einem Blau dumm stehen und mach machen. Die Hildegard und der Geord Werner, die waren ja noch glücklich aufs Trockene gekommen, warum denn Beert und Hendrina nicht? Nun konnte er auch noch leben, wie er sich erkennlich zeigte, er mußte den Weggen beschaffen und einen Reiter und was sonst noch alles.

In Beert van Enderbark dachte es. Wie der Alte bestand, die Hände in den Hosentaschen vergraben, das Aushängeschild des Berger und Jörn, da wukhte er, dem war es egal, daß der Geord Werner seine Tochter so feig im Stich gelassen hatte. Der sah nit auf das eine — auf seinen Portier. Der lachte ihn nur aus, wenn er ihn klar machen wollte, was der Amerikaner für ein Lump wär. Und wenn er's Hendrina sagte? Sollte er ihr das Bett brechen, das dem forschigen Nützling gehörte? Jeder andere hätte

ihr das sagen können, ja, fügen müssen, aber er konnte nicht, er durfte nicht.

Wissentlich hatte sie es ja doch gemerkt. Hatte sie nicht in ihrer Todesnot geschrien: „Geh auch!“ Und wenn sie es wukhte, dann könnte sie den Mädchen ja nicht mehr lieb haben.

Der Doktor kam jetzt. Der kleine, dicke, alte Herr war sehr gemütsruhig. Prüffend sah er durch seine runden Brillengläser auf Hendrina:
„Die natürliche Reaktion nach der starken Erregung.“ Er verschickte ein niederschlagendes Mittel, ein Schlafpulver. Und im Abzuge sollte man sie ruhig liegen lassen, der Schlaf und damit die Ausgleitung würde bald kommen. Nur Ruhe, Ruhe. Hildegard schickte sie dann alle hinaus. Der alte van Enderbark ging einig davon. In seinem „Schwiegersohn“, wie Beert bitter dachte. Um sich zu überzeugen, daß die Verlobung nicht aufgehoben werden mußte.

Beert ging in der Dunkelheit langsam hinaus nach der Maria Hendrina. Auf halbem Wege kam ihm jemand stolpernd entgegen. Es war der Matthes. Er hatte es schon gehört, auf den Schiffen hatten sie sich schon erzählt. Und er packte Beert ängstlich am Arm: „Uns Kind, is unserm Kind auch nit passiert.“

Beert beruhigte ihn. Da atmete er tief auf.
„Und, wo is denn da gottverfluchter Grummeltrichter gewesen?“ Beert sah ihn erstaunt an. Was wukhte der denn?

„Nu ja, ich kann mir dat doch aufammenklawieren, datt dän in der Näß gewes is. Dän is ja Dag und Nacht hinter unserm Kind her. War dän nich derbei?“

Beert gab kurz Antwort. Aber der Alte steh nicht toder. Und Beert in seinem Zorn und seiner Not lieh sich von ihm ausfragen.

„Ich schlagem em die Knochen kaputt, — ich machem em elo klein wie Sack“, murrtele ingrimmig der alte Knecht.
Beert erschrak.

„Nein, Matthes, Das bläst dir nicht!“ Er hatte Mühe, dem Allen klar zu machen, daß er schweigen müsse. Schließlich schien es dem einzuleuchten:
„Na ja, — na ja! Ich lassen en in Ruh! Immer a soll mer nur noch emal hiet erumtrichem.“

Es litt Beert nicht auf der Maria Hendrina. Er mußte zurück nach Stinnen. Hören, wie es Hendrina ging. Hildegard kam ihm schon im Tür entgegen.
„Sie schläft“, flüsterte sie. „Ganz ruhig. Nu werd es ja wohl morgte wecker kün sein.“

Fortsetzung folgt

